

initiative »Wir sind Deutschland« I. M. C. www.wirsinddeutschland.org
Aktuelles Projekt: www.volksgesetzgebung-jetzt.de
c/o Internationales Kulturzentrum Achberg e. V. 88147 Achberg ☎ 08380-98228 📠 –675
mailto: communication@volksgesetzgebung-jetzt.de★

An die Mitglieder
der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag
Reichstag
11011 Berlin, Platz der Republik 1

Achberg, 4. April 2006

Betr.: Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung [Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid]
Bezug: Schreiben von Herrn Burgbacher vom 30. 3. 2006 [anbei]

Sehr geehrte Mitglieder der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag!

Mit Schreiben vom 18. März 2006 haben wir Sie im Zusammenhang mit Ihrem Gesetzesentwurf zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung vom 25. 1. 2006, unserer »Öffentlichen Petition« vom 25. 11. 2005 und weiteren Vorgängen im Bundestag in gleicher Sache mit Überlegungen für eine gemeinsame außerparlamentarisch-parlamentarische Internet- und Medienkampagne bekannt gemacht, wie wir meinen, das öffentliche Bewusstsein für dieses Ziel in der bestmöglichen Weise fördern zu können.

I. Um diesen Vorschlag konkret zu verdeutlichen, haben wir im Internet die Homepage <http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de> eingerichtet. Aus prinzipiellen und aktuellen Gründen schlagen wir vor, über die Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid nicht nur parlamentarisch, sondern auch durch Volksabstimmung zu beschließen. Aus aktuellen Gründen, weil sich abzeichnet, dass es sowohl unter den Bundestagsparteien als auch zur Position der außerparlamentarischen Bewegung z. T. recht unterschiedliche Vorstellungen zur Ausgestaltung des dreistufigen Prinzips gibt. In diesem Fall wäre die einzig überzeugende demokratische Legitimation ein Volksentscheid über zwei parlamentarische und zwei außerparlamentarische Alternativen. Verbindlich sollte diejenige Regelung werden, welche die Stimmenmehrheit erhält. Aus prinzipiellen rechtsphilosophischen wie demokratiepolitischen Erwägungen meinen wir, dies sei der richtige Weg zur demokratischen Entscheidung, weil es uns wie eine *contradictio in adjecto* erschiene, wenn nicht der Volkssouverän selbst, sondern seine Vertretung vormundschaftlich über sein elementares Souveränitätsrecht das letzte Wort hätte.

II. Zu diesem Vorschlag hat uns nun Herr Burgbacher namens der FDP-Fraktion mitgeteilt, dass es zwar den einzelnen Mitglieder der FDP-Fraktion unbenommen bleibe, sich an der von uns vorgeschlagenen Kampagne zu beteiligen, die Fraktion als solche wolle sich aber »auf den parlamentarischen Weg konzentrieren«, d. h. sich nicht für eine auch plebiszitäre Entscheidung einsetzen. So sehr wir uns natürlich über jede Einzelunterstützung freuen würden, so sehr sind wir gerade über die angekündigte Zurückhaltung der Fraktion enttäuscht, war es doch die FDP, die über schon weniger gewichtige Fragen – z. B. hinsichtlich der EU-Verfassung – die Volksabstimmung gefordert [dagegen also auch keine verfassungsrechtlichen Bedenken] hat.

Wir haben Herrn Burgbacher mit Schreiben vom 3. April [zur Information anbei] nochmals die Gründe dargelegt, die nach unserer Auffassung für den von uns vorgeschlagenen Weg sprechen und damit die Bitte verbunden, die Fraktion möge ihre Position im Lichte dieser Argumente nochmals überdenken. Da wir auch an Ihrer persönlichen Sicht der Dinge interessiert sind, danken wir Ihnen im voraus für die Mühe, uns diese mitzuteilen.

Mit besten Grüßen

Wilfried Heidt, Gerhard Meister